

Vermögensabgabe statt ökonomischem Unvermögen!

© Martin Bangemann



Familie Quandt (BMW-Hauptaktionär)
650 Millionen (im Jahr 2011)



Winterkorn (VW-Chef)
17 Millionen (im Jahr 2011)



Reithofer (BMW-Chef)
6,2 Millionen (im Jahr 2011)



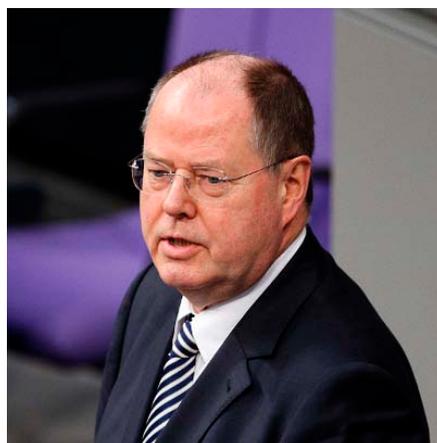
Durchschnitts-Haushalt
0,04 Millionen im Jahr
(~ 41.000 €)

Roland Rottenfuß

„Wär ich nicht arm, wärst Du nicht reich!“, heißt das bekannte Zitat von Bertold Brecht. Umgekehrt gilt dies aber auch. Übermäßiger Reichtum steht zu wenig im Fokus der Öffentlichkeit. Dabei ist er in mehrfacher Hinsicht gemeinschaftsschädlich. Weil Geld an allen Ecken und Enden fehlt und sich gewaltige, demokratisch nicht legitimierte Machtzentren bilden. Attac fordert jetzt in einem Papier eine einmalige Vermögensabgabe der Reichen mit einem Gesamtvolumen von über einer Billion Euro. Außerdem sollen langfristige Mechanismen der Umverteilung von oben nach unten etabliert werden. Ist dieser Vorschlag von Attac begrüßenswert? Ja. Ist er ausreichend? Nein.

Kabarettist Volker Pispers ist in Hochform: „Wenn die 10 Prozent richtig Reichen im Land bereit wären, die Hälfte ihres Vermögens abzugeben, wären die Staatsschulden praktisch weg.“ Höflich plätscherndes Lachen im Publikum. „Und das bräuchten die gar nicht auf einen Schlag zu tun. Wenn die reichsten 10 Prozent bereit wären, 10 Jahre lang jeweils 5 Prozent von ihrem Vermögen abzugeben – das würden die in dem einzelnen Jahr überhaupt nicht mitkriegen.“ Betretenes Schweigen im Publikum. Irgendwo muss doch der Haken sein! Tatsächlich schließt Pispers mit der Bemerkung: „Es gibt nur ein einziges Problem: Wir haben eine Demokratie. Und Sie kriegen in einer Demokratie keine Mehrheit für eine Politik, von der 90 Prozent der Bevölkerung profitieren würden.“

Der Witz trifft uns alle wie ein Schlag ins Gesicht. Klar ist, dass Volker Pispers mit seinem rhetorischen Glanzstück nicht weniger, sondern mehr Demokratie fordert. Wir alle sind aufgefordert, die Paradoxie zu erkennen und das Rätsel zu lösen. Warum ist es in einer Demokratie nicht möglich, die Interessen der Mehrheit durchzusetzen? Als Antwort kann man auf die verfilzte, kapitalismusfromme Presselandschaft hinweisen. Die sorgt schon dafür, dass wir unsere „Metzger selber wählen“. Oder an die Parteienlandschaft. Wenn CDU/CSU und SPD in ihrer Treue zum neoliberalen Projekt vereint bleiben, gibt es auf Jahrzehnte kein Durchkommen für eine alternative oder gar anti-kapitalistische Politik.



© www.dts-nachrichtenagentur.de

Steinbrück, der „unterbezahlte“ Kandidat

Die Hoffnung der Deutschen auf einen politischen Aufbruch konzentriert sich derzeit auf einen Mann mit sehr eigentümlichen Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit. 18.000 Euro pro

Monat, so Steinbrück, seien unterbezahlt für den Posten, den er selbst anstrebt: den des Kanzlers. Ein klarer Fall von Realitätsverlust. Mir würden auf Anhieb zehn Berufe einfallen, die wirklich unterbezahlt sind – zu schweigen von sklavenähnlichen Verhältnissen, für deren Verbreitung Peer Steinbrück mit seinem Eintreten für die Agenda 2010 mitverantwortlich ist. Ein „Pinot Grigio-Sozi“ wie Steinbrück redet entweder ehrlich oder sozial – nie beides. Kann von der modernen SPD wirklich nicht mehr verlangt werden, dass sie tatsächlich einen Sozialdemokraten nominiert?

Volker Pispers Ausgangspunkt war die Frage nach den Ursachen der Schuldenkrise und einer möglichen Lösung dafür. Milliardär Warren Buffet leistete einen entlarvenden Beitrag zur Aufklärung: „Wenn in Amerika ein Klassenkampf tobt, ist meine Klasse dabei, ihn zu gewinnen.“ Lange galt es nach dem Zusammenbruch des Ostblocks als Anachronismus, wenn jemand „klassenkämpferische Töne anstimmte.“ Klassenkämpfer agitierten immer „von unten gegen oben“, aus der Perspektive der Armen. Ewig Gestrige, die die gottgewollte Ordnung der Dinge durch „Neiddebatten“ zu erschüttern trachteten. Während wir Kleinverdiener – entsetzt über die Schattenseiten des DDR-Systems – die Klassenrhetorik ruhen ließen und an Versöhnung zwischen den sozialen Schichten glaubten, wurde besagter Kampf seitens der Superreichen erbarmungslos fortgeführt. Wir schliefen ein in dem Glauben, es gäbe keinen Klassenkampf mehr. Im Aufwachen merkten wir: Es gibt ihn noch, und wir haben ihn längst verloren.

UmFairTeilen und das Attac-Papier



Ermutigend ist immerhin, dass das Auseinanderdriften von Arm und Reich die Menschen seit einigen Jahren stärker bewegt – auch „Milieus“, die man nicht der Linken oder den Geldreformatoren zurechnen würde. Die Aktion „UmFairTeilen“, an der sich auch gemäßigte Verbände wie der VDK beteiligen, erreichte einige Öffentlichkeitswirkung, zuletzt beim großen Aktionstag am 13. 04. 2013. Armut ist für die etablierte Politik das, was Missbrauch für die katholische Kirche ist: ein so schäbiges „Geheimnis“, dass man die Wahrheit darüber lieber unter dem Deckel hält. In einer überwiegend frustrierenden politischen Landschaft sollte man die wenigen positiven Ansätze würdigen, die es gibt. Das Attac-Papier zur Vermögensabgabe gehört dazu, selbst wenn es einigen von uns nicht weit genug geht. Ich will die Attac-Position im Folgenden zusammenfassen und an einigen Stellen kommentieren bzw. meine Zweifel darlegen.

Attac will keine neoliberale EU nach dem Gusto der Altparteien, aber auch keine Europafeindlichkeit, wie sie etwa in der neuen Partei „Alternative für Deutschland“ vertreten wird. Stattdessen fordert das Netzwerk ein „*solidarisches, soziales, demokratisches, ökologisches Europa*“. Verantwortlich für die Schuldenkrise sei nicht, dass Staaten „über ihre Verhältnisse leben“. Vielmehr seien wachsende Übervermögen ursächlich, die nach Anlagemöglichkeiten suchen und dabei hohe Risiken eingehen. Und die möchten die Vermögensbesitzer „natürlich“ nicht selbst tragen. Die Folgen sind eine aufgeblähte Finanzwirtschaft und Instabilität, die auch die Realwirtschaft mit in den Abgrund reißt.

„Bankenrettungs“-Aktionen wie 2008 verschärften nur die Schuldenkrisen der Nationalstaaten. Die Ungleichverteilung der Einkommen und Vermögen steigerte sich in Folge dieser Aktionen rasant. Als weitere schädliche Faktoren benennt Attac den „Wettlauf“ der Staaten um die niedrigsten Unternehmenssteuern und die Niedriglohnpolitik in Deutschland, die erheblichen Druck auf andere Länder ausübt. Es ist wichtig sich anhand des Attac-Papiers einige Tatsachen vor Augen zu

führen: „*Seit der deutschen Einheit hat sich das Privatvermögen in Deutschland mehr als verdoppelt, während die Staatsschulden sich vervierfacht haben.*“ Die Vermögen erreichten 2010 eine Höhe von 10,1 Billionen Euro. Sie splitten sich zu fast gleichen Teilen in Geldvermögen (4,9 Billionen) und Sachvermögen (5,2 Billionen). 50% der Bevölkerung verfügen über nur 1,7% dieser Vermögenswerte. Das reichste Prozent besitzt (je nach Quelle) 30 bis 40%.

Attac nennt nun drei griffige Gründe für die Forderung nach Umverteilung von oben nach unten:

1. **Die großen Geldvermögen sind einerseits ursächlich für die Krise, andererseits wachsen sie als Folge der Krise noch stärker.** Dies muss vielleicht ein bisschen erläutert werden. Normalerweise glauben wir, jeder Schuldner sei selbst dafür verantwortlich, ob er in die Schuldenfalle tappt. Die „Dummheit“ der Schuldner, ihre Unfähigkeit zu Konsumzurückhaltung, erscheint als Ursache des eskalierenden Vermögenswachstums. In Wahrheit ist es umgekehrt: Die „von selbst“ wachsenden Riesenvermögen erzeugen einen enormen Druck auf die Volkswirtschaft. Nicht nur die Schuldner verlangen nach Krediten – vorhandene Geldüberschüsse verlangen nach Schuldnern. Man kann also nicht über Armut klagen, ohne im gleichen Atemzug den Reichtum und die Dynamik seiner Entstehung in Frage zu stellen.

In einer Welt, in der Menschen nicht mehr mit körperlicher Gewalt in die Sklaverei gezwungen werden können, die Schaffung einer Billigarbeiterkaste aber weiter erwünscht ist, wird die Verschuldungsdynamik zum wichtigsten strategischen Hebel der Vermögensbesitzer. Der Verschuldete ist ein Systemopfer, das nicht kraftvoll gegen seine Lage aufbegehrt, weil ihm eingeredet wurde, dass er selbst dafür die Verantwortung trägt. So sind „Bankenrettung“ und „Eurorettung“ nicht nur Folgeerscheinung einer ungesunden Dynamik, sie sind auch Ursachen dafür, dass die De facto-Versklavung der Völker weiter vorangetrieben wer-

den kann. Der Geldfluss aus den Staatskassen hin zu den reichen Gläubigern gibt letzteren weiteres „Spielgeld“ für destruktive Spekulationen in die Hand. Er lähmt zugleich die Handlungsfähigkeit des Staates in den wirklich wichtigen Belangen (Soziales, Bildung, Infrastruktur) und schafft weiteren Druck, sich zu verschulden: oft bei den zuvor „Geretteten“.

2. **Die im ganzen EU-Gebiet verordnete „Austeritätspolitik“ (Kürzen, Sparen) führte nirgendwo zu Schuldenabbau.** Sie verschärft die Krise noch, indem sie die Binnennachfrage abwürgt. Hier zeigt sich übrigens ein besonderer Zynismus. Keine etablierte Partei betrachtet den Staatsbürger als Zweck des politischen Handelns. Als Objekt der Bereicherung wird durch Steuern, Gebühren und überhöhte Preise Geld aus ihm gezogen wie aus einem Bankautomaten. Als Mittel zum Ankurbeln des Konsums soll er gleichzeitig möglichst viel Geld in der Tasche haben. Das funktioniert natürlich nicht lange, und so klagen gerade „linke“ Politiker manchmal darüber, dass die Kaufkraft schwindet, die Binnennachfrage sinkt. Dass Kaufkraft auch Lebensqualität bedeutet, interessiert dabei nur am Rande.
3. **Es ist nicht einzusehen, warum die Kosten der Krise denen aufgebürdet werden, die am wenigsten dafür verantwortlich sind:** den Gering- und Normalverdienern. Die gegenwärtige Politik zerstört die Sozialsysteme, verscherbelt öffentliches Eigentum und blutet die Bevölkerung aus. Außerdem führt sie zu einer Erosion der Demokratie, indem immer mehr Macht in die Hände nicht gewählter Akteure aus Wirtschaft und Finanzwesen wandert. Demokratie wird so weit beschränkt, dass sie die Finanzelite nicht beim Profitieren stört. Reichtum ist nicht nur gefährlich, weil er Armut verursacht, sondern auch weil er zu ungesunder Machtkonzentration führt. D.h. selbst wenn es den Gering- und Normalverdienern gut ginge und wenn Großvermögen auf ethisch unbedenkliche Weise zustande gekommen wären, müsste man dafür sorgen, dass Reichtum nicht überhandnimmt.



Attac-Forderung 1: Eine einmalige Vermögensabgabe

Historische Vorbilder für diese Forderung sind das Reichsnotopfergesetz von 1912 und der Lastenausgleich von 1952. Durch beide Abgaben wurde versucht, die Kriegslasten gerechter zu verteilen. Der Lastenausgleich in der Nachkriegszeit betrug 50 % auf Vermögen und 90 % auf Hypotheken- und Kreditgewinne und erbrachte für die Staatskasse ca. 140 Milliarden DM. Die heutige Krisenentwicklung rechtfertigt ähnlich drastische Maßnahmen. Ironisch gesagt: Da wir jetzt den Turbokapitalismus haben, brauchen wir gar keine Kriege mehr, um den Kontinent dermaßen herunterzuwirtschaften. Im Folgenden ein paar Details zum Attac-Vorschlag:

- **Wer wird besteuert?** Millionäre und Milliardäre, ca. 1 Prozent der Bevölkerung. Freibetrag: 1 Million auf Privatvermögen, 2 Millionen auf Betriebsvermögen.
- **Was wird besteuert?** Das gesamte Privatvermögen, Geld und Sachvermögen einschl. Gebrauchsvermögen.
- **Welcher Steuersatz wird angesetzt?** Nach Einkommen gestaffelt zwischen 20 % und 80 %, durchschnittlich ca. 50 %.
- **In welchem Zeitraum muss bezahlt werden?** Bei vorhandenem Privatvermögen sofort am Stichtag, bei Betriebsvermögen mit einer Laufzeit von bis zu 10 Jahren. Damit werden vor allem kleine und mittlere Betriebe geschont, die nicht sofort über so viel liquides Vermögen verfügen.
- **Wie viel Geld ist dabei „zu holen“?** Attac schätzt, dass über 1 Billion Euro zusammen kämen.

- **Wofür soll das Geld verwendet werden?** Möglichst wenig zur Schuldentrückzahlung an Gläubiger (z.B. Banken, Fonds), Möglichst viel für öffentliche Belange: Infrastruktur, Sozialsysteme, Bildung, ökologischer Umbau ... Hier zeigt sich eine deutliche Schwachstelle des attac-Vorschlags. Es ist quasi eine Entscheidung zwischen Pest und Cholera: Die Pest: Wir verwenden das Geld für die eigentlich wünschenswerten Projekte: Renovierung der Schulen, mehr Lehrer, bessere Sozialleistungen. Die Verschuldung bliebe aber in voller Höhe bestehen. Trotz Vermögensabgabe würde sie nicht geringer, sondern – in Folge der Zinsdynamik – immer größer. Die Cholera: Die Geldsumme (z. B. 1 Billion Euro) würde zur Schuldentilgung eingesetzt. Geld, das Reichen genommen wurde, würde somit gleich an andere Reiche (oder dieselben) weitergegeben werden. Geld wanderte von Reich zu Reich. Und den „Märkten“ stünde nochmals eine Riesensumme für ihre gefährlichen Finanzspielchen zur Verfügung. M. E. bestünde die einzige Lösung aus dem Dilemma in einer Kombination aus Schuldenschnitt und Vermögensabgabe
- **Und wenn Vermögensbesitzer ins Ausland gehen?** Hier herrscht offensichtlich Angst vor dem Gerard Dépardieu-Effekt. Werden unzählige Reiche wie der Schauspiel-Obelix plötzlich zu „Russen“ mutieren? Nur so lange ihre Heimatländer ihnen Steuerflucht durchgehen lassen und sie nach Anwendung billiger Steuertricks unbehelligt wieder einreisen lassen. Da das Thema schwierig ist, bleibt Attac hier naturgemäß vage. Die einmalige Vermögensabgabe soll europaweit koordiniert werden. Möglichst viele europäische Länder sollten sie zeitgleich erheben. Es gibt allerdings weit mehr potenzielle Fluchtländer als solche, in denen eine Vermögensabgabe derzeit auch nur in Erwägung gezogen wird.

Attac-Forderung 2: Permanente Umverteilungsmechanismen

Auch Attac weiß: **Durch eine einmalige Vermögensabgabe werden die systembedingten Probleme eines finanzmarktgetriebenen Kapitalismus nicht dauerhaft gelöst.** Langfristige Konzep-

te zur Umverteilung von oben nach unten sind deshalb geboten. Beispiele:

- Erhöhung des Spitzensteuersatzes
- Erhöhung der Körperschafts- und Erbschaftssteuer
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- Solidarische Bürgerversicherung
- Entschlosseneres Vorgehen gegen Steuerhinterziehung und Steuerflucht
- Vermeidung von Steuerdumping durch international koordiniertes Vorgehen

Jegliche Besteuerung von Vermögen – ob es sich nun um eine einmalige Abgabe handelt oder um permanenten „Aderlass“ des Reichtums – ist allerdings zumindest teilweise unbefriedigend. **Man muss sich fragen: Warum nimmt man der Vermögenden das Geld hinterher ab, anstatt seine Anhäufung von vornherein zu verhindern?** Besonders bei ethisch verwerflichen Geschäften liegt diese Frage nahe. Nehmen wir an, ein Konzern eignet sich die öffentliche Wasserversorgung an und macht damit Millionen-Profit. Die geschädigte Allgemeinheit könnte diese Profite nun mit 50 Prozent besteuern. Aber wäre es nicht besser gewesen, man hätte dem Konzern den Zugriff auf Wasser gar nicht erst erlaubt? Oder Börsianer spekulieren auf Lebensmittel und treibt damit die Preise in die Höhe. Menschen in den ärmeren Ländern verhungern. Was tun? Eine Spekulationssteuer von 0,02 Prozent erheben? Das wäre geradezu erbärmlich, gemessen am Leid der Opfer.



Darüber hinausgehende Attac-Forderungen zu Finanzfragen 

Auf anderen Attac-Seiten finden sich noch „kühnere“ Forderungen. Diese fließen aber nicht in das Bündnis UmfairTeilen ein, an dem ja gemäßigte Gruppen beteiligt sind. Auch bleibt unklar, inwieweit derartige Konzepte bei Attac allgemeiner Konsens sind. Solche Forderungen sind etwa:

- In Europa sollen alle in der Folge der Schuldenkrise beschlossenen Kürzungspakete zurückgenommen werden. Diese verschärfen die Krise nach Meinung von Attac nur. Würde diese Forderung umgesetzt, stellte sie einen sehr radikalen Eingriff in die „gewohnte“ Tagespolitik dar. Zu fragen ist, wie die hoch verschuldeten südeuropäischen Länder ohne „Austeritätspolitik“ aus der Krise herauskämen.
- Durch Audits soll ermittelt werden, welche öffentlichen Schulden überhaupt berechtigt sind. Illegale und illegitime Schulden sollen gestrichen werden. (Die Definition von „illegitim“ bleibt noch unklar). Bis zur Klärung wird der Schuldendienst ausgesetzt. Diese Idee trifft den Kern des Problems. Schließlich dienen die meisten Anstrengungen zur Bewältigung der „Schuldenkrise“ den Gläubigern. So wie auch Schuldnerberatungsstellen im Grunde im Interesse der Gläubiger handeln, indem sie Abzahlungsmodalitäten zu optimieren helfen. Selten wird gefragt, ob die Geldforderungen überhaupt gerechtfertigt sind. In einem drastischen Fall von kollektiver Betriebsblindheit wird selbst dann nicht von „illegitimen Schulden“ gesprochen, wenn Schuldner ein Vielfaches der geschuldeten Summe an Gläubiger „zurück“-zahlen müssen.
- Großbanken sollen zerschlagen, die Banken demokratischer Kontrolle unterworfen werden. Dies ist auf jeden Fall wichtig, um der Erpressbarkeit der Staaten durch „systemrelevante“ Banken zuvorzukommen.
- Eine strenge Reglementierung der Finanzmärkte. Bestimmte „Produkte“, etwas Hedgefonds und Private Equity Fonds sollen ganz verboten werden. Ein überfälliger Schritt.

- Die Staatsfinanzierung muss von den Finanzmärkten abgekoppelt werden. Die EZB soll künftig direkt Kredite an Staaten vergeben. Hier fragt sich natürlich, ob der Staat als Volksvertretung jeden Cent, den er für Gemeinschaftsaufgaben braucht, gegen Zinsen von privat leihen muss. Wäre nicht ein „Staats-Grundeinkommen“ viel sinnvoller, mit dem alle üblichen Kosten gedeckt würden und das der Staat – natürlich zinsfrei – selbst schöpfen könnte? Die Frage der Geldschöpfung ist heftig umstritten, selbst in Geldreformerkreisen. Daher ist es schwierig, in diesem Punkt ein abschließendes Urteil zu fällen.



© Thorben Wengert / pixelio.de

Diebstahl verhindern, statt Diebe besteuern 

Erstaunlicherweise gibt es selbst bei Attac noch immer beträchtliche „blinde Flecken“. Anstatt jedes Jahr zu den Dieben zu gehen und einen Teil ihrer Beute als Steuer zu fordern, sollte der Staat dafür sorgen, dass Diebstahl künftig nicht mehr stattfindet. Eine solche Funktion könnte in der Volkswirtschaft die Umlaufsicherung erfüllen. Dieser Vorschlag ist z. B. Basis der Regionalgeldbewegung und basiert auf der Arbeit des Finanztheoretikers Silvio Gesell (1862-1930). Gesell entwarf in seinem Hauptwerk „Die natürliche Wirtschaftsordnung“ die Vision eines durch einen Umlaufimpuls (Gebühr in Form einer Lenkungsabgabe) zum stetigen Fließen gebrachten Gel-

des, das die zerstörerische Wirkung des Zinses aufheben sollte. Vereinfacht, besagt seine Theorie: Im herkömmlichen System wird durch Zinsen belohnt, wer sein Geld hortet, es also dem Wirtschaftskreislauf entzieht. Würde man den Zins allerdings „abschaffen“, so bestünde für Vermögensbesitzer keinerlei Anreiz mehr, es zu investieren. Die Lösung: Man „bestraft“ das Zurückhalten von Geld durch eine kleine Gebühr, die anfällt, wenn Geldscheine nicht innerhalb eines bestimmten Zeitraums ausgegeben werden: einen „Negativzins“ bzw. eine „Umlaufsicherung“.

Diese Forderungen scheinen unrealistisch. Es ist jedoch wichtig, wirklich weit reichende Vorschläge in das „Bewusstseinsfeld“ der öffentlichen Meinung einzuspeisen. Vielleicht sind dann per Kompromiss einmal Teile davon durchsetzbar. Leider schreiten die Lösungen nur im Trab voran, während die Probleme im Galopp davonjagen. Allzu viel Hoffnung kann ich nicht wecken, aber ich beteilige mich nach Kräften an Aktionen von Attac und Occupy zur Rückverteilung von Vermögen. Ebenso unrealistisch wie die Annahme, dass sich alles bald zum Besseren wenden wird, ist nämlich die Behauptung, alles könne noch lange so weiter gehen bisher. 

Weitere Informationen unter:



<http://www.attac.de/aktuell/umverteilen/vermoegensgabe/>

Zum Autor
Roland Rottenfuß



Jahrgang 1963, Germanistikstudium, Journalist. Derzeit ist er unter anderem als Chefredakteur für Kon-

stantin Weckers Webmagazin „Hinter den Schlagzeilen“ tätig.

